

Southern Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Abend-Ausgabe für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 216 Nr. 133

Einzelpreis 80 Mark

Bezugspreis: monatlich 4.000.- mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefbögen und unter Umständen entgegen. — Abbestellen muss bei der Redaktion. — Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801. abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachkonto Leipzig 20 612. **Halle-Saale** **Anzeigenpreis:** Die Spaltenbreite 34 mm klein mm-Spaltenpreis 300.-. — Kleine Anzeigen 120.-. — Familienanzeigen 80.-. — Die 4 Spalten 100 mm breit: mm-Spaltenpreis 200.-. — Bekanntmachungen, Erläuterungen, etc. — **Gesellschaftliche Berlin:** Bernburger Str. 80. Fernruf Amt Kurflur 17. 0209. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Dietz, Halle-Saale.

Gegreden in Frankreich

Barthou, Poincaré und Loucheur zur Ruhrbesetzung

Paris, 19. März.
Barthou hat auf dem geistigen Festen der Pariser Journalisten eine Rede gehalten. Er wandte sich an den als Welt anwesenden Poincaré und sagte:
Sie haben die Ruhr besetzt, weil Sie der Ansicht waren, dass man von Westen und Versprechungen zu Zeiten überlegen müsse. Statt zu verhandeln, um weitere Schäden zu vermeiden, haben Sie sichere Führer (?) ergriffen, um mit Erfolg verhandeln zu können. Sie haben eine sehr harte Stellung eingenommen, und Sie können warten. Sie können und müssen so lange warten, bis Deutschland uns und den Westlern seine Vorwürfe überbringen wird.
Auf diese Rede erwiderte Poincaré in einem nicht minder siegesgewissen Tone. Er führte zunächst aus, dass die französische Presse das wichtige Amt habe, gute und schlechte Nachrichten voneinander zu unterscheiden und unter diesen die, die unter englischer Flagge aus Deutschland kämen, rechtzeitig zu erkennen. Dann fuhr er fort:
»Der moralischen Offensiv, die Deutschland gegen uns unternommen hat, ist durch ein Mittel zurück. Es besteht darin, über die ganze Welt seinen Schleier von giftigen Gasen auszuweihen. Geben wir ihm einfach unsere Ruhe und unsere Willen entgegen. In kurzer Zeit wird es bezaubert. Es wird genungen sein, unsere Wiederherstellungen herbeizuführen und unsere militärische Sicherheit zu garantieren. Dann wird der seit langem erwartete Friede verwirklicht werden.«
Auch Loucheur hat gestern in Genoble eine große Rede gehalten, in der er den jetzigen Zustand des französischen Republikanismus als eine natürliche Erscheinung bezeichnete.

die man weder durch weitere Inflation gefährden, noch durch zu schnell Deflationismus zu gefährden veruchen dürfe. Eine künstliche Erhöhung der französischen Währung würde mit Rücksicht auf die Lebensmittelpreise, die sich dadurch nicht so schnell erheben lassen, eine wahre Katastrophe zur Folge haben. Ferner forderte er eine Erhebung des Zinsfußes auf der ganzen Linie. Mit besonders aufständigen Optimismus äußerte er sich über die äußere Lage Frankreichs und trat dabei auf die Seite Poincarés. Er findet nämlich, Frankreich habe die Ruhrbesetzung mit großer Würde durchgeführt und dafür die Anerkennung hervorragender Engländer und Amerikaner verdient (!). Frankreich könne seiner Sache sicher sein. Es würde ungeliebt ein wirtschaftliches Leben sein, während Deutschland seine wichtigsten finanziellen Provingen vor sich abgeknippen sehe. Die Westländer beschließen, dass Frankreich nicht etwa die rheinischen Provinzen politisch oder wirtschaftlich von Deutschland trennen wolle. Immerhin müssten diese Provinzen jedoch zur Sicherheit Frankreichs von Deutschland abgetrennt werden. (Anstößige Beifall.) Die öffentliche Meinung der Welt, so schloß Loucheur, beginne zu begreifen, daß Deutschland die Grenze des Widerstandes überschritten hat und nur noch die Sicherheit Frankreichs den Frieden der Welt gewährleisten könne.

Die drei Reden deuten auf eine Harmonie zwischen der Regierung und den ehemaligen Regierungskandidaten der jetzigen Kammer hin, von der man in Deutschland, selbst wenn man den größten Teil der hier geäußerten Gesandtschaft als Propaganda auffassen will, eine Verbündung zum Besonderen nicht erwarten darf. Die Stimmung, die uns beliebt, kann nur außerhalb der französischen Politik liegen.

Sozialpolitische Monatschau

Zur verflochtenen Monat wurde die vielumstrittene Frage der notwendigen Reorganisation im Krankenversicherungswesen ihrer Lösung angeführt. Wir haben bereits mitgeteilt, daß die Allgemeinen Ortskrankenkassen ihre Meinung von Sachleistungen gemäß § 182 der Reichsversicherungsordnung und die Aufhebung aller Privat- und Ortskrankenkassen fordern. Der Reichsarbeitsminister hat am 27. Februar dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen vorgelegt. Der Entwurf lehnt die Forderungen der Krankenkassen ab, einmal mit der Begründung, daß die Sachleistungen das Vermögen des gesamten Krankenversicherungswesens darstellen, und zum zweiten mit der Begründung, daß, was die Orts- und Betriebskrankenkassen betrifft, lebensfähige Träger von Rechten und Pflichten ohne zwingende Notwendigkeit nicht gegen ihren Willen »zerstört« werden sollen.

Diese Stellungnahme der Reichsregierung in der Frage der Umgestaltung im Krankenversicherungsrecht ist nur zu begrüßen. Es wäre ein Unbegriff, die Sachleistungen aufzuheben oder die Orts- und Betriebskrankenkassen, die bei nicht höheren Beiträgen meist bedeutend höhere Leistungen ihren Versicherten aufkommen lassen, auf die einheitliche Forderung der Ortskrankenkassen hin zu zerstören. Der in der Tat teilweise bedrückende Finanzlage der Ortskrankenkassen hat der Entwurf durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen zu beheben, so z. B. durch die Erhebung der Vermögensprüfungspflicht auf die Vermögensgrenze von 240000 Mark unter der Maßgabe, daß der Besondere bei Überforderung dieser Grenze erst mit dem ersten Tage des nächsten Monats nach Überforderung von seiner Versicherungsspflicht befreit ist. Was die Orts- und Betriebskrankenkassen betrifft, so sieht der Entwurf lediglich schärfere Bestimmungen für ihre Reorganisation vor. Es muß der Befriedigung Ausdruck gegeben werden, daß der Gesetzentwurf sein Ziel, die Gesundheit der Finanzlage der Ortskrankenkassen, nicht erreicht, da diese schädliche Finanzlage hauptsächlich auf unzureichende in andere Organisation der Ortskrankenkassen zurückzuführen ist, die aber durch den vorliegenden Entwurf nicht behoben werden kann.

Ein mögliches Schicksal hat im Berichtsmont der Entwurf eines Gesetzes über die Organisationsänderung der Angestellten gefunden. In verschiedenen Sitzungen im Juli des Sozialpolitischen Ausschusses, wie auch des Plenums des Reichspräsidentenrat hat der Entwurf mehr als eingehend durchgeprochen worden, um nachher eine gezielte Ablehnung zu finden mit dem Ergebnis, daß die Reichsregierung, baldigst einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Vermögensgrenze ganz allgemein regelt.

Selbstverständlich bleibt weiterhin, daß im Berichtsmont der Reichsarbeitsminister, Reichsrat und Reichstag eine erneute Novelle zum Gewerbe- und Gewerbesteuer-Gesetz und Gesetz über Kaufmannsgerichte vorgelegt hat, die die Vermögensgrenze von 80000 auf 200000 Mark zu erhöhen vorgibt.

Die Wohnungsbaubauabgabe, um die im Reichstag beschlossene werden ist, ist immer noch doch unter Druck und Sachgedrückt. Eine knappe Mehrheit im Reichstag hat sie in der Form angenommen, daß 2000 Prozent Wohnungsbaubauabgabe zur Friedenszeit erhoben werden, von denen 1000 Prozent dem Reich und 1000 Prozent den Gemeinden zu fließen aufzulegen. Umkampft war in der Frage der Wohnungsbaubauabgabe die Haltung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, der aber ausdrücklich die Forderung gegeben hat, die verschiedenen sozialen Baugemeinschaften einmütig zu fördern. Es steht zu hoffen, daß der richtige Grundgedanke, der Wohnungsnot durch eine Wohnungsbaubauabgabe zu beheben, nicht in der Praxis eine Form findet, die zwar verschiedenen Interessengruppen »angenehm«, aber der Allgemeinheit nicht förderlich ist.

Wir können unsere heutige Monatschau nicht schließen, ohne in kurzen Worten auf die Lage der Arbeiterverbände zu Berlin hinzuweisen. Die Arbeiterverbände in Berlin haben sich, wie wir bereits in unserer letzten Monatschau mitteilen konnten, auf eine gemeinsame Arbeit auf dem Gebiet der Arbeiterverbände geeinigt. In der letzten Monatschau haben wir mitgeteilt, daß die Arbeiterverbände in Berlin sich geeinigt haben, eine gemeinsame Arbeit auf dem Gebiet der Arbeiterverbände zu betreiben. In der letzten Monatschau haben wir mitgeteilt, daß die Arbeiterverbände in Berlin sich geeinigt haben, eine gemeinsame Arbeit auf dem Gebiet der Arbeiterverbände zu betreiben.

Ausweisung neutraler Berichterstatter aus dem Ruhrgebiet

(Eigener Drahtbericht.)
London, 20. März.
Nach einer Meldung der »Times« aus Essen, hat die internationale Militärkommission infolge der Nachrichten in der neutralen Presse über die Vorgänge in Duerbeke, alle neutralen Berichterstatter aus dem Ruhrgebiet zu entlassen.

Der unbekannte Essener Mörder

Deutschland soll den Mörder ausfinden oder Essen eine Geldstrafe zahlen.
Bonn, 20. März.
General Gourmier hat durch einen Maueranschlag ausdrücklich erklärt, daß der Mörder des französischen Soldaten unbekannt sei. Die Geiseln würden in Freiheit gesetzt, sobald der Täter von den Deutschen bestraft (1) übergeben werden würde. Sollten der oder die Schuldigen nicht ermittelt werden, so behalte sich der General vor, der Stadt Essen eine Geldstrafe aufzulegen, deren Summe noch festgesetzt werden soll.

Die »B. S.« stellt zur Erleichterung eines französischen Soldaten am Essener Hauptbahnhof fest, daß die Umgebung des Bahnhofs in der Nacht zum Sonntag um 2 Uhr, als der Soldat fiel, völlig menschenleer lag. Es sei sicher, daß sich an jener Zeit kein Zivilist am Bahnhof oder in der Nähe der Schindler befunden hat.
Die in Essen angelegten Ermittlungen über die Ermordung eines französischen Soldaten und des Wagnerscheiters Schulte ergaben einwandfrei, daß Schulte seine letzten Augenblicke erlebte, als er sich in der Nähe des Bahnhofs befand. Auf den Soldaten hin sah man einen Mann, der sich in der Nähe des Bahnhofs befand. In diesem Augenblick schätzte sich eine Anzahl französischer Soldaten, an der Spitze ein Offizier, auf die Wache. Der Offizier und die Soldaten schlugen auf die umliegende Gegend. Es wurde festgestellt, daß die Schüsse im Gesicht eines der Soldaten durch einen Zivilisten im Essen, bei dem er sich befand, abgegeben wurden. Die Schüsse wurden der Gasse geschossen. Sie wurden nicht festgestellt. Was sie am anderen Morgen auf den Bahnhofs Bahnhofs geschossen wurden, um ihren

Wagen abzuholen, wurde ihnen erklärt, daß diese beschlagnahmt seien. Dieser sind Autobussen immer von der Beschlagnahme frei gewesen.

Ein neuer Raubzug nach Dortmund

Dortmund, 19. März.
In Dortmund erschienen heute vormittag die Franzosen mit Lastwagen, Maschinenwägen, Kanonen usw. in der inneren Stadt und nahmen umfangreiche »Requisitionen« vor. Sie suchten die Firmen Riese u. Co., Hoffmann, Meier, Sch. u. Kaufmann heim, nahmen Zehner, Käfer, Automobile, Fahrräder, Gasflaschen, Gasuhr, Kochherde und Schreibmaschine mit. Zur selben Zeit kreisten französische Flieger über der Stadt und warfen Flugblätter ab mit der Ueberschrift »Wer leidet?« In den Flugblättern wurde nochmals betont, daß die Franzosen in friedlicher Mission in das Ruhrgebiet gekommen sind. Die Mitarbeiter dieser Behauptung leisteten die Gewehr- und Handwaffen des gleichzeitig stattfindenden Raubzuges. Um 2 Uhr nachmittags haben die Franzosen die innere Stadt wieder verlassen. Heute nachmittags wurden wieder einzelne Patrouillen beobachtet.

Der gestern abend 840 Uhr planmäßig von Hamm abfahrende Zug nach Dortmund kam um 925 Uhr vor dem Bahnhof in Dortmund an, wo er 20 Minuten auf Einfahrt warten mußte. Der Zug fuhr dann etwa 100 Meter vor und blieb wieder auf freier Strecke liegen. Die Reisenden des ziemlich überfüllten Zuges mußten auf die unansehnliche Aufforderung hin mit ihrem Gepäck aussteigen, was vor allem für Kinder, Frauen und Greise sehr beschwerlich war. Die Franzosen ließen die Reisenden in der Dämmerung auf eine feuchte Wiese. Die Reisenden wurden von allen Seiten von Franzosen mit aufgeblasenem Bajonett bewacht. Nach einer Stunde durften die Frauen, die Kinder bei sich hatten, den Zug wieder betreten. Die Männer wurden in einen kleinen Raum getrieben und von 5 bis 6 französischen Offizieren und 3 Zivilisten mehr oder weniger sorgfältig durchsucht. Erst nachdem die Reisenden 4½ Stunden festgehalten hatte, fuhr der Zug weiter. Der darauf folgende Personenzug ist erst gegen 6 Uhr morgens in Dortmund eingetroffen.

Zahlungsweise der amerikanischen Besatzungskosten

Paris, 20. März.
Zu den Verhandlungen der Kommission zur Regelung der amerikanischen Besatzungskosten bemerkt Godes, der amerikanische Interparlamentarische Beauftragte, daß die amerikanischen Besatzungskosten, die etwa eine Milliarde Goldmark betragenden amerikanischen Forderungen durch zwölf Jahreszahlungen von den deutschen Reparationsleistungen zu begleichen, grundsätzlich als Verhandlungsgrundlage angenommen werden.
Amerika wolle von seinen Forderungen den Betrag der rezentrierten Papiermark und den Betrag des Wertaufschlagesmaterials in Höhe von ungefähr 685 bis 690 Millionen Gold-

Dollar 20900 nach 20900

100
200
300
400
500
600
700
800
900
1000
1100
1200
1300
1400
1500
1600
1700
1800
1900
2000
2100
2200
2300
2400
2500
2600
2700
2800
2900
3000
3100
3200
3300
3400
3500
3600
3700
3800
3900
4000
4100
4200
4300
4400
4500
4600
4700
4800
4900
5000
5100
5200
5300
5400
5500
5600
5700
5800
5900
6000
6100
6200
6300
6400
6500
6600
6700
6800
6900
7000
7100
7200
7300
7400
7500
7600
7700
7800
7900
8000
8100
8200
8300
8400
8500
8600
8700
8800
8900
9000
9100
9200
9300
9400
9500
9600
9700
9800
9900
10000

